

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

April 2006

- **EU-Haushalt für die Jahre 2007 - 2013**
- **EU-Führerschein**
- **Kontrolle der EU-Gelder für Palästina**
- **Freiheit für Weißrussland**
- **Internet-Diskussion zur Zukunft Europas**
- **Schwarze Liste Airlines**
- **2006 Jahr der Arbeitnehmer-Mobilität**
- **Billigeres EU-Roaming**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und
Westhessen

Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Liebe Leserinnen und Leser,

auch als Europaabgeordneter freue ich mich über das gute Abschneiden der CDU bei den Kommunalwahlen vom 26. März, nicht nur, weil ich selber 15 Jahre lang ein kommunales Mandat innegehabt habe. Allen Gewählten, die teilweise bis Dienstag warten mussten, um Gewissheit zu haben, einen herzlichen Glückwunsch und alles Gute für die Arbeit vor Ort.

Über so viel Freiheit bei der Wahl hätten sich die Menschen in Weißrussland sicherlich gefreut und wären am 19. März gerne wählen gegangen, hätte ihnen der letzte Diktator Europas, Alexander Lukaschenko, nicht die Entscheidung über seine Wiederwahl abgenommen. Die Situation dort und den Wert einer demokratischen Wahl sollten sich alle diejenigen bewusst machen, die am 26. März bei den Landtagswahlen oder unserer Kommunalwahl aus Desinteresse oder selbst verordnetem Frust zu Hause geblieben sind. Insbesondere im kommunalen Bereich kann niemand behaupten, nicht betroffen zu sein, sich nicht einbringen zu können oder "ja doch nichts bewirken" zu können. Auf die Dauer lebt jede Demokratie von aktiven Demokraten und nicht nur von Konsumenten oder Totalverweigerern.

Auch auf europäischer Ebene kann man vielfältig mitdiskutieren. Wer seinen Europaabgeordneten nicht direkt in Straßburg oder Brüssel besuchen will oder kann und ihn auch nicht zu Veranstaltungen in Hessen einlädt, kann über die Zukunft Europas auch im Internet mitdiskutieren oder das Informationsnetzwerk "Europe direct" kostenlos anrufen. Mehr dazu im Innern.

Seit der letzten Ausgabe des Eurospots hat das Europäische Parlament in erster Lesung die sog. "Dienstleistungsrichtlinie" verabschiedet. Gut zwei Jahre nach Vorlage des Entwurfs durch die Europäische Kommission hat das EP die Vorlage substantiell verändert. Bei dieser Gelegenheit auch über die Medien deutlich geworden, wie viel das EP tatsächlich an Kompetenzen besitzt. Es lohnt sich also, diese Institution ernst zu nehmen und sich bei der nächsten Wahl im Juni 2009 durch Teilnahme selbst einzubringen.

Auf bald in Hessen und Europa !

Ihr

Michael Gahler

EU-Haushalt für die Jahre 2007 - 2013

In den Verhandlungen über die mittelfristige Finanzplanung der EU, die sogenannte Finanzielle Vorausschau 2007 - 2013, hat der Rat erstmals Bereitschaft signalisiert, seine bisherige starre Verhandlungsposition zu verlassen.

Dies betrifft nach Auskunft des Generalberichtstatters des Europäischen Parlaments, Reimer Böge von der CDU, insbesondere institutionelle Fragen wie die zukünftige Zertifizierung einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung durch die Mitgliedstaaten, eine effektivere Umsetzung der Mehrjahresprogramme und die mittelfristige Finanzplanung. Die Ratspräsidentschaft habe ferner ihre Bereitschaft zum Abschluss einer neuen interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) erklärt, die wesentliche Forderungen des Europäischen Parlaments einschließlich der Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin und zu einem nachhaltigen Finanzmanagement durch alle drei beteiligten Institutionen - Parlament, Rat und Kommission - enthalten soll. Auch bei der für 2009 vorgesehenen grundlegenden Überprüfung des EU-Haushalts gebe es inzwischen Fortschritte in Richtung auf eine starke Rolle für das Europäische Parlament.

Im Hinblick auf die konkreten Haushaltszahlen sagte der Berichtstatter weiter, dass die von der österreichischen Präsidentschaft genannte Obergrenze von 1,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln jedoch nicht ausreichend sei: "Nachdem der Rat beim letzten EU-Gipfel 10 Milliarden Euro an Weihnachtsgeschenken ohne europäischen Mehrwert an einzelne Mitgliedstaaten verteilt hat, bestehen wir als Parlament auf einer Steigerung von 1,5 Prozent gegenüber dem bisherigen Ratsvorschlag in Höhe von 862 Milliarden Euro bis zum Jahre 2013, um die Programme mit europäischem Mehrwert abzusichern".

Diese zusätzlichen Mittel von etwa 12 Milliarden Euro seien jedoch nur für Bereiche vorgesehen, die einen echten europäischen Mehrwert schaffen, wie etwa Bildung, Forschung, Transeuropäische Netze oder die Außenpolitik. Hier stünden noch harte Verhandlungen beim nächsten Trilog am 4. April bevor. Dem Parlament geht es um ein Paket von Reformen, die Modernisierung des Haushalts, die Sicherung der Parlamentsrechte und die richtigen politischen Prioritäten.

Langer Abschied von grauen und rosa Lappen: Neuer EU-Führerschein

Alle Autofahrer in der Europäischen Union bekommen einen einheitlichen Führerschein - bis zum Jahr 2032. Das haben die Verkehrsminister der 25 EU-Staaten nunmehr endgültig beschlossen. Sie versprechen sich davon mehr Fälschungssicherheit und Erfolge im Kampf gegen Verkehrssünder und so genannte Führscheintouristen. Derzeit sind EU-weit noch 110 verschiedene Modelle gültig, sechs Typen allein aus Deutschland.

Auf alten Führerscheinen könnten Polizisten bei einer Verkehrskontrolle mitunter kaum erkennen, ob das Foto einen Mann oder eine Frau darstelle. Der neue EU-Führerschein soll das ändern. Wie ein Ausweis oder Reisepass müssen die neuen Dokumente künftig je nach Mitgliedsland alle 10 bis 15 Jahre erneuert werden. Jugendbildnisse werden dann ausgetauscht. Aber erst in ferner Zukunft: Lange Übergangsfristen sollen Kosten und Bürokratie gering halten. Die Richtlinie tritt in zwei Jahren in Kraft. Dann haben die EU-Staaten vier Jahre Zeit, die Regelung in nationales Recht umzusetzen. Danach beginnt eine Umtauschfrist von 20 Jahren. Vor allem führt die Richtlinie den Grundsatz "ein Führerschein pro Fahrer" ein. Wer seine Fahrerlaubnis verlor, weil er mit Alkohol oder Drogen im Blut am Steuer saß, konnte sich bisher im EU-Ausland Ersatz besorgen. Allein in Deutschland gibt es wohl 2600 bis 2800 solcher Führscheintouristen.

Von 2012 an wollen die Behörden sich mit einem gemeinsamen Datennetz über Verkehrssünder informieren. Schon im Vorgriff auf die Richtlinie könnten die EU-Staaten untereinander ein Vorgehen gegen Führscheintouristen regeln. Dadurch könnte die Sicherheit für Kinder, Fußgänger und Radfahrer erhöht werden. Änderungen bringt der EU-Führerschein in einzelnen Mitgliedstaaten auch für die Fahrlehrer-Ausbildung sowie das Fahren mit Anhängern und Motorrädern.

OLAF-Repräsentanz in Palästina einrichten

Für die Einrichtung einer ständigen Repräsentanz des EU-Betrugsbekämpfungsamtes OLAF in Palästina zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde hat sich der CDU-Europaabgeordnete Michael Gahler, stellvertretender Vorsitzender des EP-Entwicklungsausschusses, ausgesprochen.

Gahler hält die Anwesenheit von OLAF-Vertretern in Palästina zur Beratung und Ermittlung aus mehreren Gründen für notwendig: Zum einen sind in der Vergangenheit auch Mittel der EU für Palästina, jährlich knapp 500 Mio. Euro, nicht immer korrekt verwendet worden. Die strukturelle Korruption, die sich in den Jahren der FATAH-Regierung breit gemacht hatte, war einer der Gründe des Wahlerfolgs von HAMAS. Deswegen muss die neue Regierung beim Wort genommen und bei der Bekämpfung der Korruption und der korrekten Mittelverwendung unterstützt werden.

Zum anderen müsse die EU gegenüber den europäischen Steuerzahlern rechtfertigen, dass sie Zahlungen an die Institution "Autonomiebehörde" leistet, die von einer Partei getragen werde, die auf der EU-Terrorliste erscheine und noch immer das Existenzrecht Israels und den eingeleiteten Nahost-Friedensprozess ablehne. EU-Finanzhilfe müsse den Menschen unmittelbar zugute kommen, dürfe aber nicht Strukturen unterstützen, die dauerhaft friedensunfähig oder -unwillig sind.

Als einen wichtigen Bereich der Beratung, aber auch der Kontrolle über den Mittelfluss nannte Gahler das Bankensystem in Palästina. Hier seien noch deutliche Verbesserungen bei der Transparenz von Geldflüssen zu bewirken, damit sowohl legale oder illegale Empfänger von Zuwendungen besser ermittelt werden könnten, als auch die Herkunft und Unterscheidung legaler und illegaler Mittel künftig besser erfolgen könne. OLAF könnte dabei die Funktion der Beratung und Überwachung korrekter Mittelverwendung vor Ort auch im Auftrag anderer Geber übernehmen, etwa der EU-Mitgliedstaaten oder interessierter Drittstaaten, so Gahler abschließend.

Freiheit für Weißrussland

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verfolgen die Entwicklung in Weißrussland mit großem Interesse. Nach der Wahlkampagne und den Präsidentschaftswahlen, die weder das Prädikat frei noch fair verdienten, sind friedlich demonstrierende Gegner des Diktators Lukaschenko zu Hunderten verhaftet, einige von prügelnden Sondermilizen sogar schwer verletzt worden.

Die EVP-ED-Fraktion fordert die sofortige Freilassung aller Oppositioneller, die in den letzten Wochen festgenommen worden sind. Sie verurteilt nachdrücklich die Regierungsbehörden für ihr Verhalten während der gesamten Wahlkam-

pagne. Die EVP-ED-Fraktion unterstützt die Opposition in ihrer Forderung für neue ehrliche und faire Wahlen. Sie fordert die weißrussischen Behörden nachdrücklich auf, keinerlei Gewalt gegen zivile Demonstranten anzuwenden, die friedlich die Opposition in Ausübung ihres demokratischen Rechts auf freie Meinungsäußerung unterstützen.

Michael Gahler MdEP gehörte zu den Brüsseler Gesprächspartnern von Oppositionsführer Aleksandr Milinkewitsch und seinen engsten Mitstreitern beim jüngsten Besuch im Februar in Brüssel. Von den vier führenden Köpfen der Vereinigten Opposition sind nach dem Wahlkampf und den Demonstrationen zwei Personen für mehrere Wochen inhaftiert worden. Daneben engagiert Gahler sich in der Unterstützung politischer Häftlinge und ihrer Familien.

Die EU plant Sanktionen gegen die weißrussische Nomenklatura als Antwort auf die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte in Europas letzter Diktatur. Um das Informationsmonopol der zensierten Medien in Weißrussland zu brechen, senden seit einigen Monaten zwei von der EU unterstützte Radiostationen ein russischsprachiges Programm von Polen aus nach Weißrussland hinein.

Internet-Diskussionsforum zur Zukunft Europas in 20 Sprachen

Die Europäische Kommission hat ein Internet-Diskussionsforum zur Zukunft Europas in 20 Sprachen gestartet. Diese Diskussion, an der alle Bürger teilnehmen können, ist Teil des sogenannten Plan D der Kommission. Dieser Plan, der für Demokratie, Dialog und Diskussion steht, ist der Beitrag der Kommission zur Zeit der Reflexion, zu der der Europäische Rat nach dem negativen Ausgang der Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden aufgerufen hatte.

Margot Wallström, die für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission sagte: "Ich höre häufig, dass die Menschen das Vertrauen in die Europäische Union verloren haben, weil sie meinen, die EU hätte zu viel Verantwortung übernommen und sei dadurch sehr kompliziert geworden und schwer zu verstehen. Gleichzeitig aber äußern die Europäer in Meinungsumfragen den Wunsch, die Europäische Union möge sich mit Themen wie Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Renten, Gesundheit, Bildung und Umwelt befassen. Wir möchten wissen, was Sie sich für Europa erhoffen und was IHNEN als Europäer Sorge bereitet."

Die Beiträge zur Diskussion werden in den Bericht der Kommission über die Zeit der Reflexion eingehen. Das Diskussionsforum ist unter folgender Adresse zu erreichen: <http://europa.eu.int/debateeurope/>

Unsichere Airlines auf schwarzer Liste

Eine Liste von Fluggesellschaften, die in der Europäischen Union nicht mehr fliegen dürfen, ist von der Kommission publiziert worden. Die schwarze Liste wurde nach gründlicher Prüfung zusammen mit nationalen Sachverständigen erstellt. 93 Luftfahrtunternehmen ist der Flugbetrieb in Europa künftig vollständig untersagt, für drei weitere gelten Beschränkungen. Unternehmen, die in einem Mitgliedstaat gesperrt sind, haben ab jetzt in ganz Europa Flugverbot.

Die schwarze Liste gründet auf einer Stellungnahme des Flugsicherheitsausschusses. Dieser folgt EU-einheitlichen Sicherheitskriterien. Sie sind das Ergebnis der auf europäischen Flughäfen durchgeführten Inspektionen und betreffen den Einsatz schlecht gewarteter oder nicht mehr normgerechter Flugzeuge. Sie finden auch Anwendung, wenn Fluggesellschaften nicht fähig sind, die bei Inspektionen festgestellten Mängel abzustellen oder wenn die Behörde, die für die Aufsicht über ein Luftfahrtunternehmen zuständig ist, nicht in der Lage ist, diese Aufsicht auszuüben.

Die europäische schwarze Liste ist auch auf den Internetseiten der Generaldirektion Transport einsehbar: http://europa.eu.int/comm/transport/air/safety/flywell_en.htm

2006 - Europäisches Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer

Die Europäische Kommission hat im Zuge des regelmäßig stattfindenden "Europäischen Jahres" das Jahr 2006 zum "Europäischen Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer" erklärt.

"Hin zu einem europäischen Arbeitsmarkt" ist dabei das leitende Motiv, was in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eine der oft verkannten Möglichkeiten eines vereinten Europas in den Vordergrund stellt und hervorhebt. "Während manche EU-Regionen eine hohe Arbeitslosenquote haben, andere Regionen wiederum einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, liegt eine unserer

europäischen Chancen eben in der gegenseitigen Kompensierung", erläutert Michael Gahler. Des Weiteren könne die Mobilität von Arbeitnehmern zu einem sinnvollen Austausch von Erfahrungen und "know-how" führen. Dies gilt sowohl für die Arbeitnehmer untereinander, als auch zwischen den beteiligten Parteien, insbesondere Behörden, Tarifparteien und die Privatwirtschaft.

Zusätzlich soll diese Kampagne zu Untersuchungen von Umfang und Art der Mobilität anregen. "Das Hauptziel dieser Kampagne liegt jedoch darin," betont Gahler, "in der EU-Bevölkerung das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass jeder Arbeitnehmer eines Mitgliedstaates das Recht auf Freizügigkeit besitzt, so dass er auch in jedem anderen Mitgliedstaat arbeiten darf".

Mit verschiedenen Aktionen und Hilfsangeboten möchte die EU die örtliche oder berufliche Mobilität von Bürgern vereinfachen, so dass internationale Beschäftigungsmessen und Sprachforen durchgeführt und Veranstaltungen ähnlicher Art von der EU unterstützt werden. Parallel dazu bemühen sich die europäischen Institutionen, landesspezifische und grenzüberschreitende Hindernisse für die berufliche Mobilität zu beseitigen.

Weiterführende und aktuelle Informationen zu diesem Thema finden sich unter www.michaelgahler.de oder www.europa.eu.int. Für konkrete Fragen steht das Informationsnetzwerk "Europe direct" unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800-67891011 zur Verfügung.

Kommission macht beim Roaming Ernst

Der nächste Sommerurlaub im europäischen Ausland könnte billiger werden, jedenfalls bei den Mobilfunkkosten. Die Europäische Kommission will die überhöhten Roaming-Preise mit einer EU-Verordnung senken. Vor einem halben Jahr eröffnete Telekommunikations-Kommissarin Viviane Reding ein neues Webangebot, mit dessen Hilfe sich die Verbraucher über bessere Tarife für die Handybenutzung im Ausland informieren können. Auf der Website werden die öffentlichen Auslandstarife sämtlicher Betreiber aus allen 25 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Kampagne sollte die Branche zu einer gerechteren und klareren Preisgestaltung ermuntern. Da sich die Preise nicht deutlich genug verringerten, kündigte die Kommissarin nun an, die legislativen Vorarbeiten bis zum Sommer abzuschließen. http://europa.eu.int/information_society/activities/roaming/index_en.htm